

## NDB-Artikel

**Loebell, Friedrich Wilhelm** von Politiker, \* 17.9.1855 Lehnin Kreis Zauche-Belzig, † 21.11.1931 Brandenburg/Havel. (evangelisch)

### Genealogie

V Robert (1815–1905), auf L., preuß. Major, S d. →Karl (1777–1841), preuß. Gen.-Lt., Kommandant v. Berlin u. Chef d. Landgendarmerie (s. Priesdorff IV, S. 270–72), u. d. Emilie Uebel;

M Lilla (1825–1917), T d. Oberforstmeisters Karl August v. Thümen u. d. Philippine Freiin v. Völderndorff u. Waradein;

Ov →Oswald (1823–98), preuß. Gen.-Lt. (s. Priesdorff IX, S. 374 f.); →B Arthur (1848–1928), preuß. Gen.-Lt., Mil.schriftsteller;

- ♂ 1) Danzig 1884 Margarete (1862–1918), T d. Hermann v. Flottwell, auf Lautensee, preuß. Hauptm., u. d. Pauline v. Frantzius, 2) Potsdam 1920 Frida (1895–1967), T d. preuß. Geh. Oberregierungsrats Paul v. Flottwell u. d. Clara v. König; Gvv d. 1. Ehefrau →Eduard v. Flottwell († 1865), preuß. Staatsmann (s. NDB V);

6 S aus 1), 1 T aus 2).

### Leben

Nach dem Abitur an der Ritterakademie in Brandenburg und dem Jurastudium in Straßburg und Leipzig trat L. als erster seiner Familie, deren Angehörige bisher Landwirte oder Offiziere gewesen waren, in die preuß. Verwaltung ein, in der er 1884–89 Landrat des Kreises Neuhaus (Reg.bez. Stade), danach bis 1900 des Kreises Westhavelland war. Als Generaldirektor der Landfeuersozietät der Prov. Brandenburg (bis 1904) erhielt er stärkere Einblicke in wirtschaftliche Verhältnisse, als Abgeordneter der Deutschkonservativen im Reichstag (1898–1900) und im preuß. Landtag (1901–04) sammelte er Erfahrungen in der parlamentarischen Praxis. 1904 als Vortragender Rat in die Reichskanzlei berufen, wurde er, seit 1907 als Unterstaatssekretär, überzeugter Helfer des Reichskanzlers Bülow bei dessen „Blockpolitik“. Seine auf gemeinsamen Anschauungen beruhende Verbindung zu den Deutschkonservativen kam ihm dabei zugute, allerdings konnte er weder die Spannung zwischen Partei und Reichskanzler wegen dessen Wahlrechtsreformplänen noch 1909 den Zerfall des konservativ-liberalen Blocks anlässlich der Ausweitung der Erbschaftssteuer im Rahmen der Reichsfinanzreform verhindern. Die ihm nach Bülows Rücktritt übertragene Stellung als Oberpräsident der Prov. Brandenburg trat er aus gesundheitlichen Gründen nicht an; er zog sich vielmehr auf sein Rittergut

Brenken zurück und übernahm Aufgaben in der Wirtschaft (Bank-, Elektrizitäts- und Verkehrswesen).

Im Mai 1914 zum preuß. Minister des Innern berufen, verstärkte L. die konservative Richtung im Staatsministerium, konnte aber die Gegensätze zwischen den Deutschkonservativen unter Heydebrands Führung und Reichskanzler Bethmann Hollweg nicht abbauen. Im Weltkrieg unterstützte er, in der Tradition einer bewährten preuß.-russ. Freundschaft stehend, schon in einer Denkschrift vom 29.10.1914 den Plan eines Sonderfriedens mit Rußland und bekämpfte im Herbst 1916 die Errichtung eines selbständigen Polen. In der Behandlung der 1915 wieder aufgegriffenen Reform des preuß. Wahlrechts geriet er als Gegner des gleichen Wahlrechts zunehmend in Konflikt mit Bethmann Hollweg, insbesondere als er eigenmächtig die in der Osterbotschaft 1917 angekündigte Beseitigung des „Klassenwahlrechts“ durch Absprachen mit den Landtagsfraktionen auf ein Pluralwahlrecht (Zusatzstimmen nach Alter, Familienstand, Steuerleistung, Bildung) einzuengen versuchte. Die gegen sein Votum am 11.7.1917 erfolgte verbindliche Zusage des gleichen Wahlrechts gab L. den Anlaß, seinen Rücktritt einzureichen.

Nach seiner Entlassung zum Oberpräsidenten der Prov. Brandenburg ernannt, blieb er auch über den Umsturz im Nov. 1918 hinaus bis März 1919 in diesem Amt, ohne seine monarchistische Grundeinstellung aufzugeben. Ende 1919 übernahm L. die Präsidentschaft des ursprünglich vorwiegend gegen die Arbeiterräte gerichteten Reichsbürgerrats als „Sammelpunkt aller staatstragenden und bürgerlichen Kräfte“. Seine bedeutsamste Aktivität betraf hier die bürgerliche Sammelkandidatur für die Reichspräsidentschaft im Frühjahr 1925, für die unter L.s Mitwirkung zunächst Dr. Karl Jarres, im zweiten Wahlgang dann gegen vielfältige Zweifel und Widerstände Hindenburg gewonnen wurde. Im Streit um die Fürstenvermögen veröffentlichte er 1926 einen Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten gegen die Enteignung; ein Aufruf zur Sammlung der bürgerlichen Parteien vor der Reichstagswahl 1928 blieb erfolglos.

### **Werke**

*Restnachlaß*: Koblenz, Bundesarchiv (mit d. in d. letzten Lebensjahren geschriebenen Erinnerungen „Um Dtlid.s Aufstieg u. Wende“).

### **Literatur**

K. Gf. v. Westarp, *Konservative Pol. im letzten J.zehnt d. Kaiserreichs*, 2 Bde., 1935;

O. Gf. zu Stolberg-Wernigerode, *Die unentschiedene Generation, Dtlid.s konservative Führungsschichten am Vorabend d. 1. Weltkriegs*, 1968;

R. Patemann, *Der Kampf um d. preuß. Wahlrechtsreform im Ersten Weltkrieg*, 1964 (L);

- Robert v. Loebell, *Zur Gesch. d. Fam. Loebell*, 1895.

**Portraits**

Phot. in: GHdA 24.

**Autor**

Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen

**Empfohlene Zitierweise**

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, „Loebell, Friedrich Wilhelm von“, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 22 f. [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/>.html



---

4. August 2018

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

---